

Karl Gabriel

Wandel von Ehe und Familie und die Möglichkeiten einer christlichen Lebensweise in einer veränderten Gesellschaft

Referat auf der Jahrestagung des Referats Ehe- und Familienseelsorge des Bistums Münster am 6. 10. 2003.

1. Stabilität von Ehe und Familie als Wert und Leitbild

Im öffentlichen Bewußtsein gilt die Familie in der Regel als eine vom Wertefall bedrohte Größe. Auf die neuere Jugend- und Wertforschung kann sich diese Annahme allerdings nicht stützen. Dort erhält ein anderes Bild Konturen. Es zeigt sich, dass der Bereich Familie kontinuierlich an Bedeutung gewonnen hat und inzwischen an die Spitze der Lebensziele der Jüngeren gerückt ist. Auf die Frage, auf welche künftigen "Leistungen im Leben" man gegebenenfalls "besonders stolz sein werde", entschieden sich 1955 26 Prozent der Jugendlichen für den Bereich Familie, Kindererziehung und Haushalt. Knapp 30 Jahre später, im Jahr 1984, waren es dagegen 47 Prozent. Die größte Veränderung im Vergleich zu den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts wiesen dabei die jungen Männer auf, die in den fünfziger Jahren noch eine exklusive Berufsorientierung erkennen ließen, während sie sich heute hinsichtlich des Lebensziels Familie nur noch wenig von den jungen Frauen unterscheiden. Nach Befragungsdaten aus den 90er Jahren wollen 75% aller Jugendlichen in Deutschland irgendwann einmal Kinder haben, 70% wollen irgendwann einmal heiraten. Erste Vergleichsdaten zwischen ost- und westdeutschen Jugendlichen machten deutlich, dass Ehe, Familie und Kinder unter den ostdeutschen Jugendlichen dabei insgesamt noch etwas höher im Kurs stehen als im Westen. 1992 setzten die ostdeutschen Jugendlichen von 18 unterschiedliche Werten, die nach ihrer Wichtigkeit in eine Ranghierarchie gebracht werden mußten, "familiäre Sicherheit" an die zweite Stelle (79%). Unter den westdeutschen Jugendlichen erreichte der Wert "familiäre Sicherheit" mit 57% den 4. Rang aller 18 Wertausprägungen. Auch die Shell-Studie „Jugend 2000“ belegt, dass die Familienorientierung unter den Werten der Jugendlichen nach wie vor einen hohen Rang einnimmt. Für 80 bis 90% der Jugendlichen ist Familie wichtig bis sehr wichtig. Ebenso viele wollen selbst eine Familie Gründen, sie wollen dauerhaft mit einem

Partner oder einer Partnerin zusammenleben und sie wollen Kinder. Im einzelnen zeigt sich, daß die Familienorientierung unter den weiblichen Jugendlichen stärker ausgeprägt ist als unter den männlichen, unter den ostdeutschen Jugendlichen stärker als unter den westdeutschen und auf dem Land stärker als in der Stadt. Dieses Bild wird ergänzt durch erstaunlich positive Einschätzung der Jugendlichen hinsichtlich der innerfamilialen Beziehungen: so rangieren die Mütter unter den für die Jugendlichen wichtigen Personen an erster Stelle, noch vor einem guten Freund/einer guten Freundin. Die Jugendlichen billigen den Eltern in vielen Bereichen die höchste Beratungskompetenz zu. Sie sind wichtige Gesprächspartner für die Eltern, wenn sie sie auch nicht ohne weiteres als Vorbild angeben. Man wird insgesamt sagen können, dass die Menschen heute - ob jung oder alt - den familiären Bereich und seine Sicherung zu ihren wichtigsten Lebensgütern rechnen.

Hintergrund der überraschenden Wertschätzung der Familie dürfte sein, dass hinsichtlich der Erwartungen und Aufgaben der Familie für den einzelnen heute mehr denn je keine echten Alternativen in Sicht sind. Dies betrifft die emotionale Stabilisierung der Familienmitglieder, ihre wechselseitige Hilfe und Solidarität untereinander, die Leistungen der Familie in Pflege und Erziehung der Kinder wie hinsichtlich Haushaltsführung, Gesundheit und Erholung. Was für die einzelnen Menschen gilt, hat auch im Bezug auf die Aufgaben der Familie für die Gesellschaft als Ganze Geltung: Für ihren Bestand, für ihre Zukunft, für die Pflege und Erziehung der Kinder ist die Gesellschaft fundamental auf die Leistungen der Familien angewiesen. Insofern hat das Wort von der Familie als „Basiszelle“ der Gesellschaft nach wie vor seine Berechtigung. Der gesellschaftliche Konsens in der Frage der Unverzichtbarkeit der Familie ist in den letzten Jahren erkennbar stabiler geworden. Aus den bisher Gesagten läßt sich der Schluß ziehen, dass die Probleme der Familie heute nicht primär auf der Ebene der Wertschätzung und des Leitbilds liegen. Diese scheinen – bezieht man den Grad des Wertpluralismus in unserer Gesellschaft und die ambivalente Haltung gegenüber den Institutionen insgesamt in Betracht – in erstaunlichem Maße gesichert.

2. Ehe und Familie als gefährdete Lebensform

Zwischen der Familie als Wert und Leitbild einerseits und der Familie als faktisch gelebter Realität andererseits ist heute eine unübersehbare Kluft zu konstatieren. Wer ein Krisenszenario der Familie und ihrer Zukunft entwerfen will, braucht nicht lange zu recherchieren. Folgende Phänomene springen ins Auge und sind inzwischen gut belegt. Die Heiratsneigung hat abgenommen und scheint sich weiter zu reduzieren. Der Anteil der Ledigen an den Haushalten ohne Kinder steigt. Ebenso steigen bei den Haushalten mit Kindern die Anteile der Alleinerziehenden und der nichtehelichen Lebensgemeinschaften.

Im Durchschnitt ist das Heiratsalter gestiegen und die Entscheidung für Kinder ist zeitlich nach hinten verschoben worden. Zusammen mit steigenden Scheidungsziffern und sinkenden Wiederverheiraturquoten spiegeln sich diese Entwicklungen in dem rapiden Rückgang der Geburtenziffern wider. Nachdem die Nettoerproduktionsrate sich zwischen 1965 und 1985 fast halbiert hat, liegt sie heute bei einem Wert von etwas über 0,6. Die Folgeprobleme einer schrumpfenden Bevölkerung und einer Altersstruktur mit einem wachsenden Anteil der Älteren machen sich heute an vielen Stellen in der Gesellschaft bemerkbar.

Was die Lebensform Ehe und Familie angeht, müssen folgende, zugespitzt ausgewählte Entwicklungen aufschrecken: in den Innenstädten unserer Ballungszentren ist der Anteil der Einpersonenhaushalte inzwischen auf ca. 70% angestiegen. Unter den jungen Leuten Anfang 30 leben inzwischen 25-30% allein. Prognosen rechnen unter den heranwachsenden Jahrgängen mit über 30% dauerhaft unverheiratet Bleibenden und Kinderlosen.

Wer zeigt die höchste Distanz zur Familie? Die Meidung der Lebensform Familie durch dauerhafte Kinderlosigkeit ist in Westdeutschland typisch für junge Erwachsene der mittleren und oberen sozialen Schichten. Die Scheu vor langfristigen biographischen Festlegungen ist besonders hoch bei denjenigen, die eine große Zahl von Wahlmöglichkeiten in der Gestaltung ihrer „individualisierten“ Biographie haben. Menschen mit weniger Optionen haben dagegen eher traditionelle, familienbezogene Lebenskonzepte.

Könnte oben von einer Kontinuität des Familienwunsches gesprochen werden, so ist auf der Ebene des faktischen Lebens ein „Bedeutungsverlust der auf Ehe beruhenden Mehr-Kinder-Familie“ (Mückl, 2002, 303), eine Pluralisierung der Formen des privaten Zusammenlebens und eine gewisse Polarisierung zwischen der Lebensform Familie und Lebensformen ohne Kinder zu konstatieren.

3. Pluralität privat-familiärer Lebensformen

Der Wandel von Ehe und Familie als real gelebter Lebensform kommt insbesondere darin zum Ausdruck, dass sich in der Wirklichkeit des gesellschaftlichen Lebens eine Pluralität von privat-familiären Lebensformen herausgebildet hat. Es lassen sich fünf Haupttypen unterscheiden:

(1) Die Leitbild-Familie

Die dem Leitbild Ehe und Familie entsprechende Familie mit Eltern und Kindern in unterschiedlichen Konstellationen. Sie ist nach wie vor die bei weitem am meisten realisierte Lebensform.

(2.) Ein-Eltern-Familien

Ihr Anteil an den Privathaushalten ist in den letzten zwei Jahrzehnten um ein Viertel gestiegen. Sie machen heute etwa 10% der Familien aus. Wunsch-Familienform ist die Ein-Elternschaft bei den wenigsten. Die Mehrzahl der Frauen wünscht sich eine (neue) Partnerschaft. Alleinerziehende Männer tendieren eher zur Wiederverheiratung.

(3) Die sogenannten nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften

Heute muß man insgesamt mit etwa 1,3 Mio. Haushalten unverheiratet Zusammenlebender rechnen - quer durch alle Altersgruppen und Bildungsschichten. Nur ein Drittel von ihnen schließen die Ehe tatsächlich aus. überwiegend handelt es sich um Vorstufen zu einer späteren Ehe, die kindorientierte Ehegründung überwiegt.

(4) Die Fortsetzungsehe

Der Anteil der Geschiedenen an den Eheschließungen ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Durch die Wiederheirat verkompliziert und erweitert sich das

Familien- und Verwandtschaftssystem. Zu den "biologischen" Vätern treten vielerorts "soziale" Väter hinzu. Für die Zukunft erwartet man, dass die Hälfte der Kinder nicht in der Familie aufwachsen werden, in die sie hineingeboren wurden.

(5) Ehen mit Doppel-Karrieren

Der Typus der Ehen mit doppelter voller Berufstätigkeit gewinnt heute an Bedeutsamkeit. Die Folge sind eine steigende Zahl sogenannter "Commuter-Ehen" (Wochenendehen etc.). Die Bedeutsamkeit dieses Typus spiegelt sicherlich die hohe Zahl der Ein-Kind-Familien wieder: Schon 1990 hatten von 10,6 Mio. Familien mit Kindern 52% nur noch ein Kind. Auf 6,5 Mio. war die Zahl der Familien ohne Kinder angewachsen (38% der Ehepaare). Es wird erwartet, dass von den nach 1970 geborenen Frauen jede Dritte ohne Kinder bleibt.

Die insgesamt widersprüchlich Lage der Familie verweist meistens Erachtens auf das, was Franz-Xaver Kaufman als „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber der Familie gekennzeichnet hat.

4. Mangelnde Rücksichtnahme der Wirtschaft gegenüber der Familie

Kein geringerer als Friedrich List hat die im modernen Wirtschaftssystem angelegte „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ gegenüber der Familie und die mangelnde Anerkennung der Elternleistung in der Gesellschaft mit drastischen Worten zum Ausdruck gebracht: „Wer Schweine erzieht, ist ... ein produktives, wer Menschen erzieht, ein unproduktives Mitglied der Gesellschaft“.¹ An der Rolle des Privateigentums und des Vertrags für unser Wirtschaftssystem wird deutlich, dass es ausschließlich vom Individuum als Träger von Rechten und Pflichten ausgeht. Der Familienlohn, für den sich die katholische Soziallehre lange Zeit eingesetzt hat, konnte sich als strukturwidriges Element im System der Konkurrenzwirtschaft nicht durchsetzen. Seitdem stellt der Individuallohn für die meisten Menschen in unserer Gesellschaft den Normalfall der Existenzsicherung dar, und dieser nimmt auf die Familiengröße strukturell keine Rücksicht. Der humane Fortschritt des 19. Jahrhunderts – das Verbot der Kinderarbeit und die arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften für Frauen – lösten den frühindustriellen Zusammenhang von

¹ Friedrich List, Das nationale System der politischen Ökonomie, 4. Aufl., Jena 1922, 231.

Familiengröße und Familieneinkommen auf. Insofern wurde er zu einem großen Teil gewissermaßen von den Eltern bezahlt und nicht von den Unternehmen.

Die elementare Gerechtigkeitsprobleme aufwerfende Gleichbehandlung von Ungleichem im Lohnverhältnis setzt sich in Konkurrenzvorteilen der Kinderlosen im System der Berufsarbeit fort. Unbeschränkte zeitliche Disponibilität und geographische Mobilität erhöhen die betrieblichen Aufstiegschancen. Heute stehen den wachsenden Erwartungen an Disponibilität und Flexibilität in der Berufsarbeit gleichzeitig steigende Anforderungen in der Kindererziehung und Kinderbetreuung gegenüber. Kaufmann folgert daraus: „Die Vorteile der säkularen Wohlstandssteigerung kommen also mit einer gewissen Zwangsläufigkeit überproportional denjenigen Haushalten zugute, die ihre Arbeitskraft uneingeschränkt der Erwerbstätigkeit zuwenden können“.²

Bis auf allerjüngste Entwicklungen in einigen Unternehmen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als beschäftigungspolitische Herausforderung anzunehmen, bleibt die Familienarbeit im Betrieb weitgehend unberücksichtigt und wird nach wie vor einseitig den Frauen zugeschrieben. Dass es auch problematische Wirkungen der männlichen Erwerbstätigkeit auf die Familie geben könnte, kommt kaum in den Blick. Die Spannung zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit erfährt heute eine Verschärfung dadurch, dass die in der Familiengründungsphase befindlichen Jüngeren am stärksten mit prekären Arbeitsverhältnissen durch Zeitverträge und hohe Mobilitätsanforderungen konfrontiert werden.

Ein letzter Aspekt problematischer Wirkungen des Wirtschaftssystems auf das Familienleben sei zumindest kurz erwähnt: In der Werbung werden die Kinder und Jugendlichen - in Umkehrung der traditionellen Autoritätslinien - zu Promotoren neuer Produktlinien erkoren und zu Vorbildern konsumorientierter, jugendlich-unbekümmerter Lebensstile gemacht. Wer da als Eltern sich nicht als lern- und anpassungsfähig erweist, kommt leicht ins Hintertreffen. Dieselben Eltern sollen nun gleichzeitig die Autorität aufbringen, von ihren Kindern jenen Schweiß einzufordern, der dem Preis auch heute noch vorausgeht.

² Franz-Xaver Kaufmann, Zukunft der Familie im vereinten Deutschland, München 1995, 177.

5. Mangelnde Rücksichtnahme des Staates auf die Familien

Inwieweit sind die familienpolitischen Interventionen in der Lage, die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber den Familien auszugleichen? Dank insbesondere vom Verfassungsgericht eingeforderter familienpolitischer Reformen der letzten Jahre können sich im OECD-Vergleich die steuerlichen Entlastungen und Transfers für die Familien in Deutschland durchaus sehen lassen. Mit 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts rangiert Deutschland in den öffentlichen Ausgaben für Familien auf dem 6. Rang der 20 OECD-Staaten.³ Mit einer Differenz von 22,4% fällt auch die Differenz der Steuer- und Abgabenbelastung zwischen allein stehenden kinderlosen Durchschnittsverdienern und Durchschnittsverdienern mit zwei Kindern vergleichsweise hoch aus (statt 42% 19,6%).⁴

Schon Nell-Breuning hat aber darauf hingewiesen, dass in unser Rentenversicherungssysteme ungewollt eine Prämie für Kinderlosigkeit enthalten ist. Den Vätern der Rentenreform von 1957 - unter ihnen Wilfried Schreiber, Josef Höffner und Oswald von Nell-Breuning - schwebte eine dem Drei-Generationen-Vertrag entsprechende doppelte Umverteilung vor. Schreiber schlug neben der Rentenkasse auch die Einrichtung einer beitragsfinanzierten Kinder- bzw. Jugendkasse vor. Konrad Adenauer soll im Vorfeld der Auseinandersetzung um eine Kinderkasse - dem Zeitgeist der 50er Jahre entsprechend - gesagt haben: „Kinder haben die Leute immer“. Wie sich heute zeigt, hat diese Annahme dem empirischen Test nicht standgehalten. Gesetz wurde eine Konstruktion, die zwar den Unterhalt der älteren Generation zu 100% kollektiv regelte, die Versorgung der nachwachsenden Generation aber nur zu insgesamt – je nach Berechnungsart– zwischen 25% und 50%. Bis heute ist es bei der weitgehenden Kollektivierung der Kosten der Alterssicherung bei gleichzeitiger Individualisierung bzw. Privatisierung von großen Teile der Kosten und Anstrengungen für die Nachwuchssicherung geblieben. Auf der einen Seite ist man zur individuellen Alterssicherung auf eigene Kinder nicht mehr angewiesen. Die sich der Kindererziehung anstelle oder neben der Erwerbsarbeit widmende Mutter verschlechtert sogar insgesamt ihre Chancen der

³ Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Benchmarking Deutschland Aktuell, Gütersloh 2002, 45.

⁴ Bertelsmann Stiftung, 42.

Alterssicherung gegenüber der kinderlos bleibenden Frau mit kontinuierlicher Erwerbsbiographie.

Vollends zu einem drängenden Gerechtigkeitsproblem wird das System der Alterssicherung dann, wenn der Anteil derjenigen, die sich an der Investition in das Humanvermögen der nachwachsenden Generation nicht beteiligt, zwischen einem Viertel und einem Drittel einer Generation ausmacht. Dann entsteht die Gefahr, daß die materiellen Lebenslagen zwischen den Lebensformen mit und ohne Kinder auseinander driften. Zunehmend bestimmen die Kinderlosen die allgemein geltenden ökonomischen Standards. Bezieht man die entgangenen Einkommenschancen durch die Kindererziehung mit in die Berechnung ein, so fallen Familienhaushalte mit 2 Kindern bei vergleichbarem Einkommensniveau im Pro-Kopf-Einkommen gegenüber Kinderlosen etwa um die Hälfte zurück. Nach dem übereinstimmenden Ausweis der Armutforschung – wie immer problematisch die Modelle der Armutsmessung im einzelnen auch sein mögen, weisen „Mehrkinderfamilien sowohl ein erhöhtes Zugangs- als auch ein erhöhtes Verbleibensrisiko in Armutslagem auf“.⁵

6. Politik für Familien

Aus dem bisher gesagten ergibt sich als Zielsetzung für die Familienpolitik, die strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber der Familie abzubauen. Familienpolitik meint in erster Linie Förderung der Eltern und die Stärkung der familialen Bindungen als die wirksamsten Solidarpotentiale unserer Gesellschaft. Rechtliche Statussicherung, ökonomische Förderung, Verbesserung der infrastrukturellen Einrichtungen und pädagogischen Hilfen müssen dabei Hand in Hand gehen.

6.1 Verbesserung des rechtlichen Status der Familie

Verbesserungen des rechtlichen Status der Familien hat in den letzten Jahren insbesondere die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts initiiert. Mit den Urteilen aus den Jahren 1990 und 1992 hat das Gericht die Besteuerung des Existenzminimums für verfassungswidrig erklärt und den Gesetzgeber dazu verpflichtet, die rentenrechtliche Benachteiligung derjenigen abzubauen, die wegen

⁵ Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung Berlin 2000, 118

der Erziehung von Kindern auf Erwerbstätigkeit verzichten. Das Bundesverfassungsgericht mußte in einem Urteil aus dem Jahr 1998 klarstellen, dass zum steuerfreien Existenzminimum eines Kindes nicht nur der sächliche Mindestbedarf, sondern auch der Betreuungs- und Erziehungsbedarf gehören. Rechtliche Statusverbesserungen werden in Zukunft eine eigenständige Alterssicherung der verheirateten Frauen, die Veränderung der Rentenformel zugunsten der Anwartschaften aus Familienarbeit, wie sie Hans-Werner Sinn in diesen Tagen gefordert hat, und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit betreffen müssen. Diskussionsbedarf besteht weiterhin in der Frage, ob durch die Einführung eines Familienwahlrechts der politische Einfluß der Eltern systematisch gestärkt werden sollte.

6.2 Finanzielle Förderung der Familien

Was die ökonomische Förderung der Familien angeht, läßt sich feststellen, dass die Erhöhung des Kindergeldes in den Jahren 1999, 2000 und 2002 auf nunmehr 154 Euro für das erste und zweite Kind die ökonomische Situation der Familien insgesamt verbessert hat. Allerdings ist es dabei geblieben, dass das Kindergeld zu einer der wenigen Sozialleistungen gehört, die nicht an die Entwicklung des Geldwertes und der Einkommen rechtlich gekoppelt sind. In der Vergangenheit hat die darin zum Ausdruck kommende mangelnde Dynamisierung des Familienlastenausgleichs zur Folge gehabt, dass die öffentlichen Aufwendungen für die Familien hinter den übrigen Entwicklungen des Sozialbudgets zurückgeblieben sind. Es ist zweifelhaft, ob eine Stabilisierung des „Drei-Generationen-Vertrags“ ohne eine Dynamisierung des Kindergeldes etwa parallel zur Entwicklung der Renten realisierbar erscheint. Auch die Leistungen des Mutterschutzes und die Dauer sowie die finanzielle Ausstattung des Elternurlaubs sind in den letzten Jahren verbessert worden und brauchen den Vergleich mit den Leistungen in den übrigen OECD-Staaten nicht zu scheuen. Allerdings sind sie nach vor nicht in der Lage, den Einkommenverlust - berücksichtigt man gerade auch die Minderung der langfristigen Erwerbschancen – gegenüber den kinderlosen Paaren tatsächlich auszugleichen.

6.3 Erleichterung des Familienlebens durch familienbezogene Infrastrukturmaßnahmen

Familienpolitik hat es auch mit der Förderung der räumlichen Voraussetzungen des Familienlebens zu tun. Die Wohnbauförderung hat bisher nicht verhindern können, dass junge Familien und Familien mit mehreren Kindern zu den mit Wohnraum am stärksten unterversorgten Gruppen der Bevölkerung gehören. Der Fünfte Familienbericht führt dies darauf zurück, dass das wohnungspolitische Instrumentarium der Bundesrepublik in keiner Weise den Grundsätzen der Familiengerechtigkeit entspricht. Notwendig wären Instrumente der Wohnungsbauförderung, die – wie etwa die Gewährung zinsloser Darlehen – gezielt jungen Familien zu Gute kommen. Als besonders problematische Folge der gegenwärtigen Finanzkrise insbesondere der Kommunen muß damit gerechnet, dass gerade die kommunale Infrastruktur für die Familien sich in den kommenden Jahren verschlechtern wird. Im Unterschied zu den übrigen Leistungen für die Familien rangiert Deutschland im Angebot für Ganztagsbetreuung im Grundschulalter und für Kinder unter drei Jahren im OECD-Vergleich auf den letzten Plätzen. Dabei ist im Auge zu behalten, dass der Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten in besonderer Weise den Bedürfnissen der Frauen mit einer hohen Berufsorientierung entspricht. Frauen mit einer gleichgewichtigen Familien- und Berufsorientierung werden demgegenüber mehr von einer Förderung der Teilzeitarbeit profitieren und stark kindorientierte Frauen von einer verbesserten Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung. Die Familienpolitik wird hier Einseitigkeiten in der Berücksichtigung von Interessen und Bedürfnissen zu vermeiden haben.

6.4 Pädagogische Hilfen für die Familien

Pädagogische Hilfen für Familien müssen der Tatsache gerecht werden, dass Familiengründungen heute häufig gemeistert werden müssen, ohne auf eine dichte Erfahrung mit Kleinkindern in der eigenen Familie und Verwandtschaft zurückgreifen zu können. Der zunehmende Bedarf an Orientierungswissen stellt eine Herausforderung insbesondere für die Angebote der Hilfe und Beratung der freien Träger der Wohlfahrtspflege und der Kirchen dar. Handlungsrelevanz vermag das pädagogische Wissen nämlich nur in situativen Kontexten zu entfalten und diese werden immer auch durch Wertorientierungen mitbestimmt. Insofern entspricht die

staatliche Förderung eines weltanschaulich pluralen Angebots der Familienhilfe und -beratung dem ureigenen Interesse eines Staates, der auch in Sachen Familie von wertmäßigen Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht zu schaffen vermag (E.W. Böckenförde).

Beim „Gegenwartsbefund von Kinderarmut und Wirtschaftsreichtum“, so Paul Kirchhof in diesen Tagen – „liegt die Vermutung nahe, dass der Staat sein Recht und seinen Reichtum einsetzt, um die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass der Wille zum Kind und die Bereitschaft zu deren Erziehung auch tatsächlich vollzogen werden kann.“⁶ Daran wird angesichts der Finanzkrise der öffentlichen Hände in der nächsten Zeit immer wieder erinnert werden müssen.

7. Erleichterung der Lebbarkeit von Familie

Nicht der Wunsch nach Ehe und Familie, wohl aber die Lebbarkeit dieser Lebensform sind in den letzten Jahren in die Krise geraten. Die Schwierigkeiten hängen damit zusammen, dass heute die Individualisierungsbestrebungen im Sinne ungebundener Lebensführung zum gesellschaftlichen Leitbild für beide Geschlechter, alle Schichten und Milieus geworden sind. Daraus resultiert, dass die Familie als Lebensform immer schwerer lebbar erscheint. Familiales Alltagsleben muß wieder leichter lebbar gemacht werden, so daß die Familie mit ihren Herausforderungen nicht als "Überforderung", sondern als persönlicher Gewinn und Lebenssinn von beiden Geschlechtern und den Generationen in allen Lebensphasen erfahren werden kann. Dabei dürfte die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf heute ein Schlüsselproblem des Fortbestands der Familie sein.

8. Kirche und Familie: Zwischen alter und neuer Koalition?

Nach wie vor gibt es eine besonderes Verhältnis zwischen Kirche und Familie. Insbesondere was die religiös-kirchliche Erziehung angeht, hat sich diese Koalition

aber in den letzten Jahren erheblich gelockert. Aus dem Innenraum der Familien sind Themen und Inhalte von Kirchlichkeit stark zurückgetreten. Religiosität nimmt in den Familien eine eigene Form an, die sich von Kirchlichkeit weiter entfernt. Der Autoritätsverlust der Kirche in Fragen der Normen von Ehe und Familie ist außerordentlich hoch, insbesondere dort, wo sie als eine von außen kommende, fordernde Institution wahrgenommen wird. Man muß davon ausgehen, dass die Kirche im Bezug auf Fragen von Ehe und Familie einen hohen Kompetenzverlust zu verzeichnen hat.

Es gibt aber auch neue Entwicklungen: Junge Familien nutzen die Kirche/die Gemeinde als Dienstleister für den „Balanceakt Familie“. Mütter, hin und wieder auch Väter nutzen die gemeindliche Infrastruktur, um Selbsthilfeaktivitäten zu entwickeln. Dies findet in gemeindenahen Kindergärten, in denen die Eltern bereit sind, sich selbst einzubringen, seine Fortsetzung. So kommt es zur Ausbildung eines religiösen Sozialisationsmilieus, das in der Jugendarbeit seine Fortsetzung findet.

Kirche und Familie haben ein gemeinsames Anliegen und gemeinsame Schwierigkeiten. Es geht ihnen um die Schaffung und Erhaltung von Solidarpotentialen in einer individualistischen Kultur. Heute ist es eine vordringliche Aufgabe der Familienpastoral, die Sinnhaftigkeit, Freude und Lebbarkeit von Ehe und Familie aus dem Glauben heraus zu stärken. Zielsetzung ist die Erhaltung und Stärkung der Sinngrundlagen der Familie als einer auf Intimität und Solidarität beruhenden Gemeinschaft.

⁶ Paul Kirchhof, Die Zukunftsfähigkeit einer freiheitlichen Gesellschaft durch Ehe und Familie, in: W. Ockenfels (Hrsg.), Familien zwischen Risiken und Chancen, Paderborn u.a. 2002, 89.